Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/4963

02. 04. 76

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 7. April 1976
am Donnerstag, dem 8. April 1976

Seite

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

Buchdruckerei Peter Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestraße 56, Tel. (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter **Schläga** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die sogenannte Antragstellerhaftung zu Unbilligkeiten führen kann, weil nach dem Gerichtskostengesetz nicht nur der für die Gerichtskosten haftet, der dazu verurteilt worden ist, sondern auch derjenige, der das Verfahren in Gang gesetzt hat, und wenn ja, wird sie daraus gesetzliche Konsequenzen ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

2. Abgeordneter **Emeis** (fraktionslos)

Trifft die Meldung zu, daß das Verfahren, ältere Hauptfeldwebel, die ihre Dienstposten bereits seit Jahren innehatten, Feldwebellehrgänge zum Erwerb der ihnen zugeteilten ATN (Ausbildungs- und Tätigkeitsnachweis) nachholen zu lassen, nicht weiter aufrechterhalten werden soll, und wenn ja, welche Entscheidung wird die Bundesregierung in dieser Sache treffen bzw. hat sie getroffen?

3. Abgeordneter **Emeis** (fraktionslos)

Falls die Entscheidung über die Nachholung von Feldwebellehrgängen noch nicht gefallen ist, wann ist damit zu rechnen, und hält die Bundesregierung es nicht für sinnvoll, bis zu einer endgültigen Regelung alle betroffenen Hauptfeldwebel nicht mehr zu Lehrgängen zu senden bzw. von bereits befohlenen Lehrgängen freizustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

4. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode einen Entwurf einer Novellierung des Gesetzes zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit einbringen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

5. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen der deutsch-französischen Zusammenarbeit den Bau einer zweiten Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague zu unterstützen, um für den Fall des verspäteten Einsatzes der deutschen Wiederaufarbeitungsanlage eine Möglichkeit für die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente zu haben?

6. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß von französischer Seite ein entsprechender Wunsch gegenüber dem Bundesforschungsministerium vorgetragen wurde, daß das Bundesforschungsministerium aber bisher abgelehnt hat, auf diesen Wunsch einzugehen, und welche Gründe waren maßgebend für diese Entscheidung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

7. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Haben Mitglieder der Bundesregierung, und gegebenenfalls welche und in welcher Form, auf die Leitung des ZDF und auf den Fernsehrat des ZDF eingewirkt, um eine Absetzung oder inhaltliche Einschränkung der vom ZDF-Magazin vorbereiteten Sendung „Hilferuf von drüben" am 23. März 1976 zu erreichen?

8. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Billigt die Bundesregierung derartige Handlungen, oder sieht sie in ihnen eine grundgesetzwidrige Vorzensur und eine Verletzung von Artikel 5 des Grundgesetzes?

9. Abgeordneter **Dr. Dollinger** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß, wie vom Generalsekretär des Lutherischen Weltbunds nach einem 11-tägigen Aufenthalt im Ostberliner Herrschaftsbereich festgestellt worden sein soll, in einer ganzen Reihe von Fällen Kindern aus bewußt christlichen Familien die in der „DDR"-Verfassung vorgesehene Chancengleichheit nicht gewährt wird, und wird die Bundesregierung — bejahendenfalls — unter Berufung auf Artikel 2 des Grundvertrags auf die Regierung in Ost-Berlin einwirken mit dem Ziel, diese Diskriminierung aus religiösen Gründen zu beseitigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

10. Abgeordneter **Dr. Klein (Göttingen)** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, daß der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit und der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft sich für die Gewährung eines Zuschusses an die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) aus Bundesmitteln ausgesprochen haben, und wenn ja, welche Haltung hat das Kabinett zu der beantragten Zuschußgewährung eingenommen?

11. Abgeordneter **Dr. Klein (Göttingen)** (CDU/CSU)

Haben sich seit der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU betr. VDS (Drucksache 7/3898) wesentliche neue Tatsachen zur Beurteilung der Förderungswürdigkeit der VDS ergeben, und wenn ja, welches sind diese Tatsachen?

12. Abgeordneter **Dr. Unland** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirksamkeit ihres Sonderprogramms zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit angesichts der Tatsache, daß von den 35 Millionen DM zur Förderung berufspolitischer Maßnahmen nur 7 Millionen DM in das Land Nordrhein-Westfalen geflossen sind mit der Folge, daß von 19 Arbeitsämtern 9 Arbeitsämter keinerlei Mittel erhielten, darunter das Arbeitsamt Coesfeld, das an der Spitze der Arbeitslosenstatistik in Nordrhein-Westfalen liegt?

13. Abgeordneter **Dr. Unland** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, durch Übertragung von Mitteln aus anderen Positionen bzw. durch Einwirken auf das Land Nordrhein-Westfalen zu gewährleisten, daß auch die unberücksichtigt gebliebenen Arbeitsämter Mittel erhalten, um die dort von der Wirtschaft zugesagten zusätzlichen Ausbildungsplätze fördern zu können?

14. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung darüber Auskunft erteilen, ob Bundesminister Rhode während seines Besuchs in der Volksrepublik Polen auch über die Möglichkeit deutsch-sprachiger Schulen für die Deutschen in den Oder-Neiße-Gebieten Verhandlungen geführt oder Anregungen und Vorschläge unterbreitet hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

15. Abgeordneter **Schinzel** (SPD)

Trifft es zu, daß — wie sowohl in der Illustrierten Stern als auch in der Wochenzeitung Vorwärts dargestellt — über die Bundesrepublik Deutschland indische und pakistanische Staatsangehörige illegal nach Großbritannien gebracht werden und daß dieser Menschenhandel von einer in unserem Land ansässigen Organisation betrieben wird, und wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, mit den zuständigen Stellen in Großbritannien zusammenzuarbeiten, um diesen Menschenhandel zu unterbinden?

16. Abgeordneter **Schinzel** (SPD)

Gibt es strafrechtliche oder andere gesetzliche Möglichkeiten, gegebenenfalls diesen Menschenschmuggel zu unterbinden, und — falls dies nicht der Fall ist — was gedenkt die Bundesregierung gegen diese Praktiken zu tun?

17. Abgeordneter **Geldner** (FDP)

Wie sind die Ergebnisse der Brüsseler Konferenz über den Schutz der natürlichen Umwelt zu bewerten, und auf welche Weise gedenkt die Bundesregierung, diese Ergebnisse in praktische Politik umzusetzen?

18. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die vom Parlamentarischen Staatssekretär Schmidt in der Fragestunde vom 31. März 1976 geäußerte Auffassung, daß man mit der Bezeichnung der DKP als verfassungsfeindlicher Organisation sehr vorsichtig sein sollte, und wie vereinbart sich das mit der Aussage des Bundesinnenministers in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU vom 29. Oktober 1975 (Drucksache 7/4231), daß kein Zweifel an der Verfassungsfeindlichkeit der DKP bestehe?

19. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Sind genügend Sicherheitsvorkehrungen getroffen, damit Terroristen und andere Kriminelle in Druckereien und sonstigen damit befaßten Institutionen nicht an Dokumente und Dokumentenvordrucke gelangen?

20. Abgeordneter **Grimming** (SPD)

Ist die Bundesregierung weiterhin bereit, die Einrichtung und den Betrieb der Verwaltungsakademie des Sports in Berlin (West) politisch wie finanziell aktiv zu unterstützen, und ist die Bundesregierung bejahendenfalls zur beschleunigten Verwirklichung dieses Projekts bereit, mit dem Deutschen Sportbund (DSB) eine Vereinbarung über die Folgekosten dergestalt zu treffen, daß die Einnahmen des DSB aus der „Glücksspirale" nur einer flexiblen Anrechnung bzw. Beteiligung unterworfen werden?

21. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung, angesichts der Bedeutung des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien (BI-Ost), Köln, die Ausschreibung der vakanten Stelle des geschäftsführenden Direktors für notwendig?

22. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß der Deutschlandfunk nicht — wie ein Bonner Pressedienst am 22. März 1976 wohl fälschlich im Zusammenhang mit der Ablehnung der Akkreditierung deutscher Reisejournalisten bei der Leipziger Frühjahrsmesse schrieb — ein „regierungseigener Sender" ist, bei dem „selbst Korrespondenten ihre gegen die Regierungspolitik gerichtete Meinung" vertreten können?

23. Abgeordneter **Dr. Abelein** (CDU/CSU)

Stimmen die qualitativen Anforderungen, die die Bundesregierung für den geschäftsführenden Direktor des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien stellt, mit den vom wissenschaftlichen Direktorium erarbeiteten Kriterienkatalog überein, und erfüllt der nunmehr vorgesehene Kandidat diese Anforderungen?

24. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß, nachdem die Bundesregierung die Veröffentlichung der 22 Bände Dokumentation über das Schicksal deutscher Kriegsgefangener unterbunden hat, im Koblenzer Bundesarchiv auf dem Ehrenbreitstein auch noch eine Dokumentation mit 40 000 Einzelberichten über die Vertreibungsverbrechen unter Verschluß gehalten wird, in denen von Augenzeugen die Vertreibung seit 1945 aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien, dem Sudetenland und Jugoslawien und die dabei verübten Verbrechen ausgewertet sind, wobei von den ca. 9,3 Millionen Einwohnern Ostdeutschlands bei der Vertreibung ca. 1,4 Millionen Menschen umgekommen sind, und welches sind gegebenenfalls die Gründe für diese unverständliche Geheimhaltung?

25. Abgeordneter **Vahlberg** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß es bei den notwendigerweise strengen Sicherheitsüberprüfungen des Personals von Kernkraftwerken zu starken Beeinträchtigungen des sozialen Status und der persönlichen Integrität von Betroffenen kommt, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, zu einer bundeseinheitlichen Regelung der personellen Sicherheitsüberprüfung in Kernkraftwerken zu kommen, die sowohl den hohen Sicherheitserfordernissen Rechnung trägt als auch für die betroffenen Personen unvertretbare berufliche Folgewirkungen ausschließt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

26. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Aktionäre der VEBA als Folge des von der Bundesregierung veranlaßten Zusammenschlusses mit der Gelsenberg AG eine Kürzung ihrer Dividende hinnehmen müssen, und wie vereinbart — bejahendenfalls — die Bundesregierung dies angesichts der Tatsache, daß es sich bei den Aktionären der VEBA vielfach um Kleinaktionäre handelt, die ihre Aktien auf Grund staatlicher Vermögensbildungspolitik erworben haben, mit ihrer Pflicht zu einer kontinuierlichen Politik auf diesem Gebiet?

27. Abgeordneter **von Alten-Nordheim** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung umgehend zu tun, nachdem ihr bekannt ist, daß z. Z. große Mengen Rein-Alkohol (Agrar-Alkohol) hauptsächlich von Frankreich zu Dumpingpreisen in die Bundesrepublik Deutschland fließen, ohne daß es möglich ist, umgekehrt Alkohol nach Frankreich zu reexportieren, weil durch Maßnahmen, die den EG-Vertragsvereinbarungen und dem jüngsten diesbezüglichen Urteil des Europäischen Gerichtshofs zuwiderlaufen, die Einfuhr nach Frankreich verhindert wird?

28. Abgeordneter **von Alten-Nordheim** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung dafür Sorge tragen, daß die bereits in die Bundesrepublik Deutschland geflossenen und z. Z. noch weiter hereinfließenden Mengen ohne Auswirkung auf den Umfang der deutschen Brennrechte bleiben, was für die Existenz der deutschen Brennereibetriebe von entscheidender Bedeutung ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

29. Abgeordneter **Hauser (Krefeld)** (CDU/CSU)

Wie vereinbart die Bundesregierung ihre in der vom Bundeswirtschaftsministerium herausgegebenen Kooperationsfibel dargelegte Auffassung, die leistungssteigernde Kooperation zwischen kleinen und mittleren Unternehmen sei ein wichtiges Mittel zur Eindämmung eines wettbewerbsschädlichen Konzentrationsprozesses, mit der ablehnenden Bescheidung eines Gesuchs betreffend die Finanzierung einer als richtungsweisend anerkannten Kooperation?

30. Abgeordneter **Hauser (Krefeld)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die Richtlinien für eine Förderung nach dem ERP-Kooperationsprogramm in der Weise praxisnäher zu gestalten, daß auch solche Vorhaben, deren wettbewerbliche Bedeutung und Wert für die sich daran beteiligenden mittelständischen Unternehmen von der Bundesregierung selbst anerkannt werden, nach dem ERP-Kooperationsprogramm gefördert werden können?

31. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die nahezu gleichmäßigen prozentualen Preiserhöhungen an wenigen, aufeinanderfolgenden Tagen in wichtigen deutschen Automobilunternehmen unmittelbar nach abgeschlossenen Tarifverhandlungen, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun?

32. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Wann beabsichtigt die Bundesregierung, die Zielsetzung des vom 5. Deutschen Bundestag in seiner 139. Sitzung am 1. Dezember 1967 einstimmig gebilligten Entschließungsantrags zu verwirklichen, in dem die Bundesregierung u. a. aufgefordert wird, die notwendigen Schritte zur Erhaltung und Fortentwicklung der deutschen Wochenschauen zu unternehmen?

33. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Sieht auch die Bundesregierung einen Widerspruch darin, daß Staatssekretär Bölling in einem am 25. März 1976 in der Sendereihe „Titel, Thesen, Temperamente" des Deutschen Fernsehens ausgestrahlten Interview erklärt hat, daß die Verantwortung für das Nichteinbeziehen der Wochenschauen in die allgemeine Filmförderung bei den Zuständigen im

Parlament gelegen hat, obwohl die Bundesregierung durch die erwähnte Entschließung den eindeutigen Auftrag erhielt, die Wochenschauen in die Filmförderung einzubeziehen und für deren Erhaltung und Fortentwicklung zu sorgen, und wenn ja, wie erklärt sie diesen Widerspruch?

34. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die derzeitige und absehbare mittelfristige ertrags-, markt- und beschäftigungspolitische Lage der deutschen Porzellanindustrie, und was gedenkt sie zu tun, um den dort beschäftigten Menschen ihre Arbeitsplätze zu erhalten und zu sichern?

35. Abgeordneter **Dr. Fuchs** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Lage der ostbayerischen Granitindustrie, und welche Maßnahmen beabsichtigt sie gegebenenfalls zu ergreifen, um die Arbeitsplätze in der Granitindustrie zu sichern und nicht mehr gutzumachenden Schaden abzuwenden?

36. Abgeordneter **Reuschenbach** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt und teilt sie die Einschätzung, daß die Erhaltung des Arbeitsplatzvolumens der heutigen Schachtanlage Monopol in Bergkamen auf Dauer nur gesichert werden kann, wenn der von der Ruhrkohle geplante Ausbau einer neuen Schachtanlage Monopol-Fortsetzung realisiert wird, und wird sie entsprechend intervenieren?

37. Abgeordneter **Reuschenbach** (SPD)

Trifft es zu, daß die Elektrizitätsversorgungsunternehmen in Nordrhein-Westfalen nicht bereit sind, neue Stromlieferungsverträge mit der Steag für ein von ihr geplantes Steinkohlekraftwerk in Bergkamen abzuschließen, und wenn ja, wird die Bundesregierung sich entsprechend dafür einsetzen?

38. Abgeordnete **Frau Dr. Riedel-Martiny** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die gleichzeitigen fast gleichhohen Preiserhöhungen von Unternehmen der Automobilindustrie, und hält die Bundesregierung Maßnahmen für angezeigt, um die Verbraucher vor den Auswirkungen unzureichenden Wettbewerbs und Mißbrauchs von Marktmacht auf dem Automobilmarkt zu schützen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

39. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung — insbesondere unter dem Aspekt der Verfügbarkeit der benötigten Menge und der Entwicklung des Weltmarktpreises für Rindfleisch im Falle einer Vollversorgung der Bundesrepublik

Deutschland aus dem sogenannten Weltmarkt — die Auffassung, daß die deutschen Verbraucher für Rindfleisch jährlich insgesamt etwa 8 Milliarden DM mehr ausgeben müssen, als wenn sie das Rindfleisch zu Weltmarktpreisen beziehen könnten, wie der AgV in der Veröffentlichung der Nr. 12 vom 23. März 1976 — ausgehend von einer vorsichtig geschätzten durchschnittlichen Verteuerung von nur 6 DM pro Kilo Rindfleisch — festgestellt hat, und wenn ja, welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?

40. Abgeordneter **Geldner** (FDP)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß — wie der Bayerische Bauernverband meint — das im Agrarbericht 1976 ausgewiesene um 20% im Vergleich zu Schleswig-Holstein niedrigere landwirtschaftliche Einkommen in Bayern nicht nur eine Frage der in Schleswig-Holstein wesentlich günstigeren Vermarktungswege der landwirtschaftlichen Produktion sei, und wie kann diesem Mangel in Bayern abgeholfen werden?

41. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß wegen der starken Fangbeschränkungen für Seezungen in den niederländischen Küstengewässern damit gerechnet werden muß, daß niederländische Schiffe in diesem Jahr in verstärktem Maße versuchen werden, innerhalb der 12 Seemeilen-Schutzzone an der deutschen Nordseeküste Seezungen zu fangen, und was gedenkt die Bundesregierung zum Schutz der Fanggebiete und der Kutterfischerei zu unternehmen?

42. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung im Hinblick auf die begrenzten Möglichkeiten der Fischereischutzboote bereit, zu diesem Zweck auch Boote des Bundesgrenzschutzes einzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

43. Abgeordneter **Zoglmann** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesanstalt für Arbeit seit 1971 „polnische Aussiedler" betreut, wie es in einer Pressemitteilung des Hauses vom 17. März 1976 heißt, oder sind nicht vielmehr hierunter deutsche Aussiedler aus dem polnischen Staats- und Herrschaftsgebiet zu verstehen?

44. Abgeordneter **Zoglmann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, die ihr nachgeordneten Behörden darauf hinzuweisen, daß es sich bei den Spätaussiedlern um Deutsche im Sinne unseres Grundgesetzes handelt, und wird sie selbst irreführenden Formulierungen durch einen korrekten, der Lage entsprechenden, Sprachgebrauch entgegenwirken?

45. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, auch für dieses Jahr alsbald Mittel zur verstärkten Förderung für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bereitzustellen, nachdem insbesondere in den strukturschwächeren Gebieten nicht damit zu rechnen ist, daß die Bauwirtschaft hinreichend ausgelastet sein wird?

46. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob nach dem Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte Haushaltshilfe nur gewährt wird, wenn die Witwe eines landwirtschaftlichen Unternehmers Betriebsleiterin ist, und ist sie gegebenenfalls bereit, die Rechtslage zu ändern?

47. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, schwerbehinderte mittelständische Unternehmer dadurch zu entlasten, daß der Begriff des Arbeitsplatzes gemäß § 5 des Schwerbehindertengesetzes bei weniger als 20 Beschäftigten auch auf den Arbeitsplatz des geschäftsführenden Eigentümers/Unternehmers ausgedehnt wird, bzw. besteht eine Möglichkeit, die Zahlung der Ausgleichsabgabe für derartige mittelständische Unternehmer bis zu einer etwaigen Änderung des Gesetzes auszusetzen?

48. Abgeordneter **Dr. Böhme (Freiburg)** (SPD)

Wie hoch sind die Aufwendungen der Ortskrankenkassen und Ersatzkassen für ärztliche Behandlungen im Jahr 1975 gegenüber dem Vorjahr gestiegen, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Zuwachsraten?

49. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Warum hat die Bundesregierung bisher verneint, es sei möglich, mit der polnischen Seite über die Fragen des Umrechnungskurses und der Anrechnungsbestimmungen beim Rentenexportprinzip zu verhandeln, während sie jetzt im Zusammenhang mit der Überweisung der Renten auf Grund der Besitzstandsregelung den Artikeln 15 und 16 des Rentenabkommens mit der Volksrepublik Polen dies tun will?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

50. Abgeordneter **Schmidt (Niederselters)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, Auskunft darüber zu geben, wieviel Fluggesellschaften in Deutschland das Schreiben des Bundesverkehrsministers betreffend die Einhaltung der genehmigten Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen im Fluglinienverkehr unterschrieben und sich damit bereit erklärt haben, gemäß den Bestimmungen der ICAO, der IATA und den Auflagen des Bundesverkehrsministers in bezug auf die von ihm genehmigten Tarife zu verfahren?

51. Abgeordneter **Schmidt (Niederselters)** (SPD)

Welche Maßnahmen wird der Bundesverkehrsminister ergreifen gegen Fluggesellschaften, die sich nicht an gesetzliche Bestimmungen halten (wie z. B. Singapore Airlines, Aeroflot, Philippine Airlines und andere), und ist der Bundesverkehrsminister bereit, zum einen die Kontrolle zu verschärfen, zum anderen die Ordnungsstrafen von derzeit 5000 DM pro Ereignis auf 5000 DM für jeden gesetzwidrig beförderten Passagier festzulegen?

52. Abgeordneter **Löher** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß auf Grund einer aufsichtlichen Weisung der Deutschen Bundesbahn vom 18. April 1975 die Höchstversicherung für Arbeiter und Angestellte der Deutschen Bundesbahn von 75 Prozent auf 70 Prozent wegen bestehender Überversorgung gekürzt werde, wie in dem Bericht „GdED: Die soziale Demontage stoppen!" in der Zeitung der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands „Der deutsche Eisenbahner", März-Ausgabe 1976, festgestellt wurde?

53. Abgeordneter **Löher** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Bundesfinanzminister die Kürzung der Mittel für die Bundesbahn-Versicherungsanstalten Abteilung B um 300 Millionen DM im Wirtschaftsplan der Deutschen Bundesbahn für 1975 angeordnet haben soll, wie ebenfalls in diesem Bericht behauptet wurde?

54. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, einen Bericht über die Folgewirkungen, die durch das Verbot von Spikesreifen im Straßenverkehr entstanden sind, zu erstellen?

55. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung statistische Angaben über die Unfallhäufigkeit im Straßenverkehr machen, die infolge des Spikesverbots entstanden sind?

56. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß an Bundesstraßen im Ortsbereich eine sogenannte Gelbphasenschaltung der Ampelanlagen in den Abend- und Nachtstunden nicht zulässig ist und daß die Bundesregierung die Ergebnisse eines zur Zeit in Arbeit befindlichen Gutachtens abwartet, um zu entscheiden, ob eine Gelbphasenschaltung während der Nachtstunden gestattet werden kann?

57. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung darauf hinwirken, daß die Deutsche Bundesbahn auf Grund der einstweiligen Verfügung des Landgerichts Berlin gegen den Slogan „Ein Jahr lang reisen zu halben Preisen" nunmehr den Senioren ein echtes und überschaubares Angebot unterbreitet wird?

58. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Was sind die Gründe, daß der vorläufige Vorschlag eines Gesetzes über die Beförderung von Personen mit Krankenkraftwagen vom 18. Januar 1972 bis heute noch nicht als Gesetzesvorschlag eingebracht wurde, und wann rechnet die Bundesregierung mit einem solchen Gesetz?

59. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß mangels eines Gesetzes über die Beförderung von Personen mit Krankenkraftwagen in zunehmendem Maße Krankentransporte von nicht oder nur mangelhaft ausgebildetem Personal über gewerbliche Unternehmen u. a. auch in ungeeigneten Fahrzeugen durchgeführt werden, und wenn ja, welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?

60. Abgeordnete **Frau Berger (Berlin)** (CDU/CSU)

Gibt es im Rahmen des Bundesbahnrationalisierungsprogramms der Bundesregierung Überlegungen, auch im Eisenbahnverkehr mit Berlin Einschränkungen vorzunehmen?

61. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Trifft es zu, daß im Auftrag der Deutschen Bundesbahn durchgeführte Untersuchungen ergeben haben, daß Bahnpolizei und Fahndungsdienst der Deutschen Bundesbahn insgesamt effektiv arbeiten, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung hieraus für eventuell beabsichtigte Neuorganisationspläne der beiden Dienste?

62. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung — analog zu Überlegungen in Schweden —, die Führerscheinbestimmungen dahin gehend zu verschärfen, daß bestimmte rückfällige Straftäter, Alkohol-, Rauschgift- und Tablettensüchtige einer eingehenden Prüfung ihrer Persönlichkeit und Lebensführung unterzogen werden, die über Erwerb oder weiteren Besitz des Führerscheins entscheiden?

63. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnis von der Tatsache, daß an Tankstellen Superkraftstoff verkauft wird, der zu geringe Oktanwerte enthält und sich schädlich auf die Motoren auswirkt, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um zu verhindern, daß weiterhin — insbesondere auch von Autobahntankstellen — Superkraftstoff minderer Qualität verkauft wird?

64. Abgeordneter **Dr. Dübber** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß retroreflektierende Warntafeln zur Sicherung der in § 17 Abs. 4 Satz 3 StVO erwähnten Fahrzeuge als eigene Lichtquelle im Sinne dieser Vorschrift anzusehen sind, und wenn nein, ist sie bereit, retroreflektierende Warntafeln als Eigenbeleuchtung in die Vorschrift aufzunehmen?

65. Abgeordneter **Dr. Dübber** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß, wie der Senat von Berlin geäußert haben soll, die in § 17 Abs. 4 Satz 3 StVO vorgeschriebene Eigenbeleuchtung eine Dauerleistung von etwa 110 Watt verlangt, und wenn nein, wie wird sie eine einheitliche Interpretation sicherstellen?

66. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Umstand, daß in der Freien und Hansestadt Hamburg im Wege der Ausnahmeregelung Kraftdroschken (Taxen) Wirtschaftswerbung als Fremdwerbung betreiben können, während die Bundesregierung auf verschiedenen Anfragen stets den Standpunkt vertreten hat, daß „Eigenwerbung" durch Anbringen von Namen und Telefonnummer des Taxiunternehmers unzulässig sei, und beabsichtigt die Bundesregierung, ihre Einstellung zur Eigenwerbung zu ändern bzw. gegen Fremdwerbung an Taxis gesetzlich vorzugehen?

67. Abgeordneter **Geiger** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Allgemeine Rettungsverband Deutschland e. V., Sitz Stuttgart, seine Tätigkeit zur Rettung von Menschen, insbesondere auf den Verkehrswegen, nicht voll ausüben kann, weil mit den ihn von der Deutschen Bundespost zugeteilten Frequenzen die Herbeirufung von Hilfe nicht störungsfrei geführt werden kann, und beabsichtigt die Bundesregierung, dem Rettungsverband eine Frequenz zur Benutzung zuzuteilen, mit der die Hilfe störungsfrei herbeigerufen werden kann?

68. Abgeordneter **Dr. Dollinger** (CDU/CSU)

Wieviel der jetzt aus dem Verkehr gezogenen Briefmarken mit der Abbildung des ehemaligen Bundespräsidenten, D. Dr. Dr. Heinemann, lagern noch bei der Deutschen Bundespost (einschließlich Versandstellen für Sammlermarken) und der Bundesdruckerei, wie hoch waren die Gestehungskosten der Restbestände und wieviel Marken wurden bereits vernichtet?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

69. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Bundesminister Bahr, daß für die Vergabe von Entwicklungshilfe die „Bedürftigkeit" das einzige Kriterium sei?

70. Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Bundesminister Bahr, daß „Länder, die intervenieren" keine Entwicklungshilfe erhalten sollen, und sieht die Bundesregierung z. B. das Verhalten Nordvietnams gegenüber Südvietnam nach den Pariser Vietnamabkommen als „Intervention" an?

71. Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Nordvietnam völkerrechtlich verbindlich Entwicklungshilfe zugesagt, und wenn ja, wann, in welcher Höhe und für welche Maßnahmen?

72. Abgeordneter **Wawrzik** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung beabsichtigt, 1976 Mozambique, Angola, Guinea, Guinea-Bissau, den Kapverdischen Inseln, der Volksrepublik Kongo und Benin Entwicklungshilfezusagen zu machen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

73. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Wie fügt sich nach Auffassung der Bundesregierung die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland „in das Geflecht ihrer auswärtigen Beziehungen" ein, wenn kommunistisch orientierte Entwicklungsländer Entwicklungshilfe oder Ausrüstungshilfe für Militär oder Polizei erhalten, und welches sind die konkreten entwicklungspolitischen, außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Kriterien, nach denen die Vergabe von Entwicklungshilfe bzw. Ausrüstungshilfe an diese Länder erfolgt?

74. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Tatbestand, daß in einigen Entwicklungsländern von sowjetischen, kubanischen und nordkoreanischen Experten Personen auf militärische Interventionen, Guerillatätigkeit und terroristische Aktionen in anderen Entwicklungsländern vorbereitet werden, und wie vereinbart es die Bundesregierung mit den deutschen außen- und sicherheitspolitischen Interessen, daß solche Länder Entwicklungshilfe oder Ausrüstungshilfe erhalten oder erhalten sollen?

75. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Wie begründet die Bundesregierung die tatsächliche oder beabsichtigte Leistung von Entwicklungshilfe und Ausrüstungshilfe für Polizei oder Militär an Länder, in denen bürgerkriegsähnliche Situationen bestehen, Minderheiten verfolgt werden, gegen Menschenrechte verstoßen wird und internationale Terroristengruppen geduldet oder gefördert werden?

76. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Welche außenpolitischen Gründe hat die Bundesregierung dafür, daß sie militärische und polizeiliche Ausrüstungshilfe an untereinander benachbarte Entwicklungsländer leistet, zwischen denen Grenzstreitigkeiten bzw. Gebietsansprüche bestehen?

77. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Soll die deutsche Entwicklungs- oder Ausrüstungshilfe für Polizei oder Militär an Länder, die unter dem politischen Einfluß der Sowjetunion oder anderer Mitglieder des Warschauer Pakts stehen und/oder diesen Ländern militärische Stützpunkte einräumen, dazu dienen, diesen Einfluß abzuschwächen, um die Unabhängigkeit dieser Länder zu verstärken?

78. Abgeordneter **Wawrzik** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung plant, kommunistisch orientierten Entwicklungsländern, wie etwa Somalia oder der Volksrepublik Kongo, militärische bzw. polizeiliche Ausrüstungshilfe im Wert von mehreren Millionen DM unentgeltlich zu gewähren?

79. Abgeordneter **Hösl** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, die Bundesregierung habe erfolglos auf die drei westlichen Schutzmächte eingewirkt mit dem Ziel, auf eine Korrektur von Verhandlungsfehlern bei den Absprachen über die drei Fernbahnhöfe in West-Berlin und insbesondere auf den Vollzug der korrigierenden Anordnung der Berliner Kommandantur gegenüber der Sowjetzonen-„Reichsbahn" zu verzichten, und wie rechtfertigt — bejahendenfalls — die Bundesregierung dieses Verhalten?

80. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Trifft es zu, daß seit 1972 bereits an einer Benutzungsordnung für das Document-Center gearbeitet wurde und daß die Gespräche mit der amerikanischen Botschaft zur Übernahme des Document-Centers in deutsche Hände noch im Jahr 1973 gute Fortschritte machten, wobei lediglich noch technische Fragen zu klären waren?

81. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Welche Ereignisse haben die Bundesregierung bewogen, die von ihr so aussichtsreich beurteilten Verhandlungen abzubrechen und weitere Gespräche nicht für opportun zu halten?

82. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Ist bei der Herstellung der Karte „Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik" wegen ihrer Verwendung in der politischen Öffentlichkeitsarbeit des Bundes durch die Auslandsvertretungen das Auswärtige Amt beteiligt worden, und, wenn dies der Fall war, wie beurteilt es die Gefahr, daß diese Karte entsprechend völkerrechtlicher

Lehre und Praxis in erheblichem Umfang deutsche territoriale Positionen in bezug auf die Oder-Neiße-Linie präjudiziert, die bei dem konkretisierten Gewaltverzicht des Warschauer Vertrags unter einem klaren Friedensvertragsvorbehalt stehen?

83. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Wie hoch ist die Summe, die die Bundesregierung für die Rückerstattung der von der Volksrepublik Polen von den Aussiedlern zur Erlangung der Ausreisepapiere verlangten Gebühren im Zeitraum von 1971 bis 1975 an die hier eintreffenden Aussiedler aufgebracht hat?

84. Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)

Welche Haltung nimmt die Bundesregierung in der Frage der Aufteilung der ehemals spanischen Sahara zwischen Marokko und Mauretanien ein, womit erstmals seit der Entkolonialisierung Afrikas Gebiete durch fremde Staaten anektiert worden sind?

85. Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)

Wie steht die Bundesregierung zu der Befreiungsbewegung der ehemaligen spanisch Sahara, der Frente Polisario?

86. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung es aus politischen und kulturellen Gründen für notwendig und wünschenswert, daß seitens der Bundesrepublik Deutschland zu deutschsprachigen und deutschstämmigen Bevölkerungsgruppen und deren kulturellen Vereinigungen im Ausland wechselseitige Beziehungen gepflegt werden, besonders angesichts der Tatsache, daß sich die DDR verstärkt bemüht, die Deutschstämmigen im Ausland politisch in ihrem Sinne zu beeinflussen, und wenn ja, wird sie sich entsprechend verhalten?

87. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung unter den in der voraufgegangenen Frage angeführten Gesichtspunkten die Tatsache, daß der deutschsprachige Singkreis Chile, dem 43 junge Frauen und Männer deutscher Herkunft angehören, bei seiner sechsten Deutschlandreise seit 1952 von linksradikalen Gruppen gezwungen wurde, seine kulturellen Darbietungen abzubrechen bzw. Veranstaltungen abzusagen?

B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, mit Nachdruck dafür einzutreten, daß den Bürgern in West-Berlin das Recht zur Direktwahl des Europäischen Parlaments gewährt wird, zumal Berlin nach den Römischen Verträgen eindeutig zum Geltungsbereich der Europäischen Gemeinschaft gehört?

2. Abgeordnete **Frau von Bothmer** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, aus den sich zuspitzenden politischen Entwicklungen im südlichen Afrika den Schluß zu ziehen, daß die Achtlosigkeit deutscher Geschäftsleute und Firmen gegenüber der brisanten Lage vor allem in Südafrika politisch gefährlich ist, und daß sie im eigenen Interesse und dem dieser Vertreter unseres Landes dort, bestimmte Verhaltensregeln empfehlen sollte, die die Lebensrechte der Schwarzen berücksichtigen?

3. Abgeordneter **Dr. Zimmermann** (CDU/CSU)

Hat die Sowjetunion die Auffassung vertreten, daß „die Absonderung des Westteils Europas und die Errichtung einer neuen militärpolitischen Gruppierung" — wie die Sowjetunion den Tindemans-Bericht interpretiert — „den Beschlüssen der Gesamteuropäischen Konferenz" widerspricht, und wie vereinbart — bejahendenfalls — die Bundesregierung damit ihre Versicherung vor der Unterzeichnung der Vereinbarungen von Helsinki, die europäische Option werde durch sie nicht berührt?

4. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Wie verhält sich die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß einerseits für die Drei Mächte und alle Bündnispartner der NATO das Außenvertretungsrecht der Bundesrepublik Deutschland für West-Berlin essentielles Element ist, andererseits die DDR beim Beitritt zu älteren multilateralen Übereinkünften, deren Vertragspartner die Drei Mächte und die Bundesrepublik Deutschland seit langem sind, die Geltung der Übereinkommen für Berlin auch nach Inkrafttreten des Viermächteabkommens ausschließt, woraus später sich schwere unmittelbare Nachteile für West-Berlin, wie z. B. beim TIR-Übereinkommen, zu ergeben drohen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

5. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Kann aus der Mitteilung des Parlamentarischen Staatssekretärs Baum, daß die „Überprüfung durch den Verfassungsschutz" in der Regel ein Vorgang ohne jeden Ermittlungscharakter ist, „der lediglich in der automatischen Abfrage einer Datei besteht und der einen sehr geringen Zeit-, Personal- und Organisationsaufwand erfordert" (Stenographischer Bericht über die 229. Sitzung vom 17. März 1976, S. 15 972) geschlossen werden, daß diese Datei genaue und über Jahre sich erstreckende Angaben über die Teilnahme von mindestens einer halben Million Bürger an öffentlichen Veranstaltungen, Versammlungen, Demonstrationen usw. enthält, die jederzeit ohne großen Kostenaufwand abfragbar sind?

6. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Hält die Bundesregierung gegebenenfalls solche Lebenslaufregister für vereinbar mit den grundgesetzlich garantierten Persönlichkeitsrechten sowie den politischen Betätigungsrechten?

7. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die Bestimmung des § 2 Abs. 6 des Bundesumzugskostengesetzes im Hinblick darauf, daß sie heute bei einem Wechsel des Dienstorts in ländlichen Bereichen durch die erhebliche Ausweitung der Gemeindegrenzen im Zuge der Gebietsreformen für Bundesbedienstete große Nachteile bringt, in dieser Fassung noch für gerechtfertigt, und wenn nein, wird sie eine entsprechende Initiative ergreifen?

8. Abgeordneter **Dr. Blüm** (CDU/CSU)

Wann ist der Bundesinnenminister zur Veröffentlichung des Nichtraucherschutzerlasses im Gemeinsamen Ministerialblatt bereit?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

9. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der im Anwaltsblatt (März 1976) veröffentlichten Untersuchung über die berufliche Situation der Rechtsanwälte in der Bundesrepublik Deutschland?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

10. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß es bei Überweisungen von Guthaben aus der DDR an in der Bundesrepublik Deutschland lebende Kontoinhaber gemäß der Vereinbarung vom 25. April 1974 über den Guthaben-Transfer immer wieder zu Unregelmäßigkeiten und Verzögerungen kommt, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen?

11. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die Deutsche Bundesbank zu veranlassen, eine neue Meldepflicht über Kreditzusagen an Inländer (siehe Handelsblatt Nr. 45, S. 6, vom Donnerstag, dem 4. März 1976) nur dann einzuführen, wenn gleichzeitig diese Meldepflicht für Kredite an Ausländer, besonders Staatshandelsländer, festgelegt wird?

12. Abgeordneter **Dr. Blüm** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, eine Versteuerung der Tabake nach der Höhe des Teer- und Nikotingehalts oder nach filterlosen Zigaretten bzw. der Filterwirksamkeit von Zigaretten vorzunehmen und liegen ihr Erfahrungsberichte hierüber vor?

13. Abgeordneter **Dr. Sprung** (CDU/CSU)

In welcher Höhe mußte die Deutsche Bundesbank infolge der Währungsunruhen seit Jahresbeginn in „Schlangen"-Währungen intervenieren (insgesamt und aufgegliedert nach einzelnen Währungen)?

14. Abgeordneter **Dr. Sprung** (CDU/CSU)

In welcher Höhe tätigte die Deutsche Bundesbank im gleichen Zeitraum Offenmarkt-Geschäfte zur Abschöpfung binnenwirtschaftlicher Liquidität?

15. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

In welchem Umfang ist die Wohnungsversorgung der Bundesbediensteten in München sichergestellt, wieviel Wohnungen werden noch benötigt und in welchem Umfang werden Bauprogramme verwirklicht?

16. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

In welchen EG-Staaten werden auf Arzneimitteln und in welcher Höhe Mehrwertsteuer erhoben, und hat die Bundesregierung die Absicht, bei nächster Gelegenheit ihrerseits eine Angleichung vorzunehmen?

17. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die steuerlichen Erleichterungen für Aufwendungen zu verbessern, die bei der Aufnahme von Gästen aus der DDR Bürgern der Bundesrepublik Deutschland entstehen, aber auch bei der steuerlichen Anerkennung von Sonderausgaben bei Reisen in die DDR?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

18. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

In welchem Umfang müssen die in der Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung aufgeführten Planzahlen für den Ausbau der Kraftwerkskapazität in der Bundesrepublik Deutschland auf Grund der neueren Erkenntnisse revidiert werden, und welche Kernreaktorkapazität erwartet die Bundesregierung insbesondere für die Jahre 1980 bzw. 1985?

19. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

In welchem Umfang hat die Entsorgung der Kernkraftwerke Einfluß auf den Betrieb der gebauten oder geplanten Kernkraftwerke, und trifft es insbesondere zu, daß 1979 — spätestens 1981 — Kernkraftwerke stillgelegt werden müssen, sofern nicht neue große Lagerbecken für abgebrannte Brennelemente bis zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung stehen, und welche Konsequenzen ergeben sich aus diesen Zusammenhängen für die Energiepolitik der Bundesregierung?

20. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Welche grundsätzliche Haltung nimmt die Bundesregierung ein zu dem von der Kommission der EG dem Rat vorgelegten Aktionsprogramm für die europäische Luftfahrtindustrie und Luftfahrt?

21. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Meinung des Politischen Ausschusses des Europäischen Parlaments, daß im Fall eines Ausbleibens von gemeinschaftlichen Maßnahmen — kombiniert für den zivilen und militärischen Bereich — die Zeit absehbar ist, in der die technologische Eigenständigkeit Europas im Flugzeugbau verlorengehen wird?

22. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung zur Rettung der Arbeitsplätze in der Natursteinindustrie bereit, die sich in den am meisten von der Arbeitslosigkeit heimgesuchten Bezirken konzentriert, die Einfuhrkontingente aus dem Ostblock und anderen Nicht-EG-Ländern entsprechend der Einschränkung des Straßenbaus in der Bundesrepublik Deutschland zu reduzieren und Frachthilfe auch für den Lkw-Transport zu gewähren?

23. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung weiterhin bereit, zur Rettung der Arbeitsplätze in der Natursteinindustrie die Ausschreibung für öffentliche Baumaßnahmen des Bundes so zu gestalten, daß für die Arbeitsplätze in der einheimischen Natursteinindustrie auch künftig noch eine Chance der Erhaltung verbleibt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

24. Abgeordneter **Sund** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, Konsequenzen aus den Vorwürfen zu ziehen, die in der ARD-Fernsehsendung vom 27. Januar 1976 „Bemerkungen über den Hund als Ware" (Autor: Horst Stern) gegen die Hundezucht und den Hundehandel erhoben worden sind?

25. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die amerikanische Armee in der Bundesrepublik Deutschland in ihren PX-Dienststellen finnische Butter verkauft, und was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um angesichts der finanziellen Leistungen der Bundesrepublik Deutschland zu den Stationierungskosten die Amerikaner zum Bezug von Butter aus EG-Ländern zu veranlassen?

26. Abgeordneter **Geldner** (FDP)

Welche Hilfen bietet die Bundesregierung kleineren landwirtschaftlichen Betrieben an, und ist es wirklich so, wie der bayerische Staatsminister Dr. Eisenmann erklärt hat, daß 90% der bayerischen Bauern aus unverständlichen Gründen abgeschrieben würden, weil sie das nötige Einkommen nicht haben und man sie als nicht „entwicklungsfähig" bezeichnet?

27. Abgeordneter **Geldner** (FDP)

Wie steht die Bundesregierung zu den Zweifeln des Vizepräsidenten des Bayerischen Bauernverbands, Sühler, an der Objektivität des Agrarberichts und insbesondere zu dem Vorwurf, es sei immer stärker die Tendenz zu erkennen, daß es sich nicht mehr um einen Situationsbericht über die Lage der Landwirtschaft handele, sondern um einen agrarpolitischen Erfolgsbericht der Bundesregierung, und wie wird sie diesem Vorwurf entgegentreten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

28. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)** (FDP)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, und wenn nein, was ist sie bereit zu tun, daß Studenten mit einer privaten Krankenversicherung den Anspruch auf den Bundeszuschuß nach § 8 des Gesetzes über die Krankenversicherung der Studenten haben, wenn ihr Monatsbeitrag mindestens 25 DM beträgt (§ 381 a Abs. 1 RVO, § 180 Abs. 3 b RVO)?

29. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß mit Wirkung des Haushaltsstrukturgesetzes im Geltungsbereich des Arbeitsförderungs- und des Bundesversorgungsgesetzes Härten eingetreten sind, von denen Umschüler, die mit einem Umschulungsträger vertragliche Vereinbarungen vor dem 1. Januar 1976 getroffen haben, besonders durch die Kürzung ihres Unterhaltsgelds betroffen sind, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, auf dem Verordnungswege in begründeten Fällen eine Übergangsregelung in Kraft zu setzen?

30. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, zwei marokkanischen Studenten eine auf vier Monate befristete Ausnahmegenehmigung — bei Übernahme der finanziellen Kosten der An- und Abreise durch den Arbeitgeber — auf Aufnahme einer Beschäftigung als Kellner in einer Oberstdorfer Gaststätte zu erteilen, nachdem es dieser nicht gelungen ist, deutsche Fachkräfte vermittelt zu bekommen, die dringend zur Aufrechterhaltung des Betriebs während der Sommersaison benötigt werden, und ist sie ferner bereit, ähnlich wie die Schweiz, das Land des klassischen Tourismus, solchen Fachkräften während der Saison generell eine beschränkte Aufenthaltsgenehmigung zu erteilen, gegebenenfalls gegen Stellung einer Kaution?

31. Abgeordneter **Hauser (Krefeld)** (CDU/CSU)

Wie erklärt sich die Bundesregierung den Widerspruch zwischen der dem Petitionsausschuß am 18. Juli 1975 gegebenen Auskunft, wonach von der Bundesregierung zur Zeit geprüft werde, „ob den gesetzgebenden Körperschaften die Aufhebung der Stiftung vorgeschlagen werden soll" und der Antwort in der Fragestunde am 18. Februar 1976 (Stenographischer Bericht S. 15 525), derzufolge die Bundesregierung zur Zeit nicht erwägt, die Stiftung für die Alterssicherung älterer Selbständiger aufzuheben?

32. Abgeordneter **Hauser (Krefeld)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, klar ihre Position bezüglich der Stiftung und ihrer Finanzierung verbindlich darzustellen?

33. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit zu prüfen, ob der Rahmen für Geldbußen über 20 000 DM hinaus angehoben werden kann, um besonders gravierenden Fällen von Verletzungen der Unterrichtspflichten nach § 121 des Betriebsverfassungsgesetzes noch wirksamer als bisher begegnen zu können?

34. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um für die anhängigen Fälle von Ordnungswidrigkeiten eine möglichst zügige Bearbeitung zu erreichen?

35. Abgeordneter **Dr. Franz** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, die Bundesanstalt für Arbeit habe einem Diakon der Stadtmission, der sich um die berufliche Eingliederung von sogenannten randständigen Jugendlichen bemühte, unter Hinweis auf ihr „Vermittlungsmonopol" mit Strafen gedroht, obwohl sie nicht in der Lage war, diesen Jugendlichen Arbeitsplätze zu vermitteln, und wie rechtfertigt die Bundesregierung — bejahendenfalls — diese

Auslegung ihres gesetzlichen Auftrags durch die Bundesanstalt für Arbeit angesichts ihres Unvermögens, die vorhandenen offenen Stellen durch Weckung der erforderlichen Mobilität der von ihr betreuten Arbeitskräfte zu besetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

36. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Was war nach Meinung der Bundesregierung Veranlassung, u. a. auch in Regensburg bei der dortigen Bundeswehrfachschule das Trennungsgeld für kommandierte, verheiratete Soldaten im Januar 1976 mit nur 70% als Abschlagszahlung an die betroffenen Soldaten zu geben, nachdem sowohl nach Meinung des Bundesverteidigungsministeriums als auch des Bundesinnenministeriums keine Kürzung vorgesehen ist, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, daß solche Kürzungen durch Truppenverwaltungen künftig unterbleiben?

37. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)

Haben die in der Presse angekündigten Verhandlungen des Staatssekretärs im Bundesverteidigungsministerium bezüglich der Wiederbelegung der Karl-von-Müller-Kaserne in Emden inzwischen zu einem Ergebnis geführt?

38. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)

Falls nein, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die negativen Auswirkungen des Abzugs der Marineeinheiten auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Raums Emden aufzufangen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

39. Abgeordneter **Rollmann** (CDU/CSU)

Worauf führt die Bundesregierung die steigende Zahl von Vergiftungsunfällen insbesondere bei Kindern zurück?

40. Abgeordneter **Rollmann** (CDU/CSU)

Welche Konzeption hat die Bundesregierung zur Verringerung der Zahl der Vergiftungsunfälle insbesondere bei Kindern?

41. Abgeordneter **Sund** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Pflegekostenentwicklung in Alten- und Pflegeheimen zu Besorgnis Anlaß gibt, und sieht sie Möglichkeiten, dieser Entwicklung entgegenzuwirken?

42. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die mögliche Gesundheitsgefährdung aller Lebewesen unseres Erdraums durch Chlorfluorkohlenwasserstoffe, die als Treibmittel in Spraydosen verwendet werden und die, wie vermutet wird, die Ozonschicht in der Stratosphäre zerstören können?
43. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)	Wie kann nach Meinung der Bundesregierung diese Gesundheitsgefährdung verhindert werden?
44. Abgeordneter **Dr. Blüm** (CDU/CSU)	Weshalb brauchen die Hersteller bzw. Abpacker von Tabakwaren auf der Packung keine Angaben über ihre Anschrift zu machen?
45. Abgeordneter **Egert** (SPD)	Trifft es zu, daß Träger von Altenheimen und Altenpflegeheimen, Pflegesatzerhöhungen mit Auswirkungen des Heimgesetzes begründen, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls dagegen zu tun?
46. Abgeordneter **Gansel** (SPD)	Wie haben sich die Unterbringungskosten in Heimen unterschiedlichen Standards in den letzten fünf Jahren im Verhältnis zu Renten, Pensionen und Sozialhilferegelsätzen entwickelt?
47. Abgeordneter **Gansel** (SPD)	Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, darauf hinzuwirken, daß in Zukunft Pflegesatzerhöhungen und Erhöhungen von Versorgungsleistungen in einen zeitlichen Zusammenhang gebracht werden können?
48. Abgeordneter **Glombig** (SPD)	Wann gedenkt die Bundesregierung, die Rechtsverordnung zu § 4 (Mitwirkung der Heimbewohner) zum Gesetz über Altenheime, Altenwohnheime und Pflegeheime für Volljährige vorzulegen, und ist sie bereit, der Absicht des Gesetzgebers entsprechend, dabei den möglichen Rahmen voll auszuschöpfen?
49. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)	Wann rechnet die Bundesregierung mit der Vorlage des Forschungsprogramms „Forschung und Technologie im Dienst der Gesundheit"?
50. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)	Warum wurde die Pressekonferenz für den 31. März 1976 zu diesem Programm abgesagt, und trifft es insbesondere zu, daß der Bundesfinanzminister gegen dieses Programm Einwendungen erhoben hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

51. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die auf den Bundesautobahnen im Winter 1975/1976 verwendeten Streusalze im Hinblick auf ihren Tau- und Verschmutzungseffekt und damit im Hinblick auf ihre Zweckmäßigkeit einer Überprüfung zu unterziehen, die insbesondere auch noch den Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit berücksichtigt?

52. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es besser wäre, es den einzelnen Bundesländern zu überlassen (siehe Resolution des ADAC Württemberg vom 27. März 1976), aus der Sicht der verantwortlichen Landespolitik und unter Berücksichtigung regionaler Entwicklungsziele und Verkehrsbedürfnisse Änderungen der Dringlichkeiten und Anpassungsvorschläge zu entwickeln, soweit sie sich im Rahmen der den einzelnen Ländern zugewiesenen Mittelquote des Bundesfernstraßenhaushalts bewegen, statt starr an den im Bedarfsplan zum Ausbau der Bundesfernstraßen festgestellten Dringlichkeiten und Ausbauzielen festzuhalten, und wenn ja, welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?

53. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung im einzelnen die Chancen für die Verwirklichung der Emsland-Autobahn, nachdem die niedersächsische Landesregierung in ihrer Regierungserklärung dieser Autobahn höchste Priorität zugesprochen hat, und welche Aussichten sieht die Bundesregierung, niedersächsische Teilstücke der Emsland-Autobahn auf Grund der im Vergleich zu anderen Bundesländern weit fortgeschrittenen und nicht in Streit befindlichen Planung schneller als bisher vorgesehen zu verwirklichen?

54. Abgeordneter **Härzschel** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Tarifermäßigungen für Rentner bei der Deutschen Bundesbahn gegenüber dem Vorjahr erschwert und verschlechtert wurden, und was waren die Gründe für die Veränderungen?

55. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Ist gewährleistet, daß nach Einstellung des Personenverkehrs auf der Bundesbahnnebenstrecke Lohr—Wertheim die bisherigen D-Zug- und Eilzug-Halte auf der Strecke Aschaffenburg—Würzburg in Lohr in vollem Umfang erhalten bleiben und somit die Standortqualität für Industrie, Dienstleistungsgewerbe und Fremdenverkehr bestehen bleibt?

56. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Welcher Begrenzungswert wird bei der zu erstellenden Durchführungsverordnung zum Immissionsschutzgesetz vom 15. März 1974 im Zusammenhang mit der Einbeziehung von Immissionsschutzmaßnahmen an Bundesautobahnen zugrundegelegt (unter oder über 68 Dezibel)?

57. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Besteht die Absicht, im Vorgriff auf den Bau des Autobahnteilstücks der A 61 von Kerpen-Süd bis Thorr/Bergheim bereits jetzt die erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen und die Umklappung der Autobahnanschlußstelle Kerpen/Sindorf vorzunehmen, und ist im Bereich zwischen Horrem/Sindorf eine Tunnelführung beabsichtigt oder sogar möglich?

58. Abgeordneter **Dreyer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Bundesverkehrsminister im Jahr 1974 noch 16 Referendare für die Laufbahn des höheren technischen Verwaltungsdienstes in der Wasser- und Schiffahrtsverwaltung des Bundes eingestellt hat, obwohl bereits seit 1972 das Gutachten des Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung zur Neuordnung der Wasser- und Schiffahrtsverwaltung vorlag, seit Mitte 1974 eine Projektgruppe mit diesem Thema beschäftigt und bereits damals mit einer erheblichen Straffung der Wasser- und Schiffahrtsbehörden zu rechnen war?

59. Abgeordneter **Dreyer** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung diesen letzten Jahrgang von Wasser- und Schiffahrtsreferendaren nach bestandenem Examen in den Bundesdienst aufnehmen, nachdem diese Referendare auf schriftliche Aussagen („Nach bestandener Prüfung wird der Bauassessor sofort oder nach einer kurzen Zeit im Angestelltenverhältnis unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe zum Regierungsbaurat z. A. ernannt") vertrauten und zwei Jahre ihres Berufslebens für eine Ausbildung gegeben haben, die auf die besonderen Belange des Bundes zugeschnitten und außerhalb der Wasser- und Schiffahrtsverwaltung praktisch kaum verwendbar ist?

60. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

In welchem Umfang wurden bei der Deutschen Bundespost durch die Übertragung des Gebühreneinzugs für Fernsehen und Rundfunk an die GEZ in Köln Arbeitskräfte freigesetzt, und welche neuen Aufgaben haben diese freigesetzten Arbeitskräfte übernommen?

61. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Meldungen bestätigen, nach denen beabsichtigt ist, durch entsprechenden Personalabbau im Fernmeldebezirk Helmstedt die An- und Abmeldestelle für Fernmeldeeinrichtungen zu schließen und

den Kundendienst erheblich einzuschränken, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diesem Abbau von Dienstleistungen und den nicht vertretbaren Verschlechterungen für den Bürger entgegenzuwirken?

62. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Hat das Bundespostministerium seine Zustimmung zur Ämterneuorganisation im Bereich der Stadt Hofgeismar, Landkreis Kassel, mit dem Ergebnis gegeben, daß hier eine Anzahl von Arbeitsplätzen im Zonenrandgebiet vernichtet werden, und wenn ja, was waren die Gründe dafür?

63. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Wieviel Arbeitsplätze werden durch die beabsichtigte Maßnahme im Zonenrandgebiet tatsächlich vernichtet?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

64. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung mit dem sogenannten Geist von Helsinki für vereinbar, wenn in einem seit November 1972 laufenden Übersiedlungsfall sich Bundestagsabgeordnete Ende 1973 und im Sommer 1975 mit Schreiben an den Vorsitzenden des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik wandten, ohne daß bis heute der Bitte auf Übersiedlung noch auf Beantwortung der Schreiben entsprochen wurde?

65. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Wie hat sich der jährliche Buchexport von der Bundesrepublik Deutschland in die DDR und der Buchimport aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland in den Jahren seit 1971 entwickelt, und wie ist dabei der jeweilige Anteil der wissenschaftlichen Bücher?

66. Abgeordneter **Hösl** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, Ost-Berlin lasse nach wie vor in den Betrieben Fragebögen zur Angabe sogenannter Westkontakte verteilen, verlange z. B. auch von Montagearbeitern den Abbruch aller dieser Kontakte, nehme aus diesem Grund Entlassungen vor, bzw. lehne Bewerbungen ab und schikaniere sogar Rentner beim Empfang von Besuchern aus dem freien Teil Deutschlands, und wird die Bundesregierung das Inkrafttreten des UN-Paktes über bürgerliche und politische Rechte zum Anlaß nehmen, von Ost-Berlin den Verzicht auf alle rechtswidrigen Behinderungen zu verlangen?

67. Abgeordneter **Windelen** (CDU/CSU)

Wann wird die 1959 in Auftrag gegebene, seit dem 25. März 1975 dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen vorliegende und von Karl-Wilhelm Fricke bearbeitete, Dokumentation „Zur Geschichte der politischen Verfolgung in Mitteldeutschland" veröffentlicht?

68. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Bundesländer und kommunale Körperschaften in jüngster Zeit die Barbeihilfen an Besucher aus der DDR reduziert haben, um welche handelt es sich dabei, und wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls ein solches Verhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

69. Abgeordneter **Richter** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die in der Empfehlung 275 der Westeuropäischen Union ausgedrückte Auffassung, daß im Rahmen einer bestehenden europäischen Organisation ein Europäisches Institut für Meereskunde geschaffen werden sollte, und in welcher Weise strebt sie gegebenenfalls die Verwirklichung dieses Vorhabens an?

70. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Welche Forschungsaufträge sind in den Jahren 1969 bis 1972 von den einzelnen Ministerien der Bundesregierung direkt oder indirekt an Mitglieder des Bundestages gewährt worden, nach Sachgegenstand, Auftragssumme und Förderungsbetrag geordnet?

Bonn, den 2. April 1976